

Streit ums Kopftuch: Das feministische Dilemma

Es ist naiv, das Tragen eines Kopftuchs durchwegs als freie Entscheidung zu betrachten. Es ist aber auch ungerecht, jedes Kopftuch als Zeichen der Unterdrückung zu deuten. Wie soll man damit umgehen?

Elham Manea 19.09.2026, 05.30 Uhr ⌚ 6 Leseminuten



Sollen schon Mädchen ein religiöses und geschlechtlich aufgeladenes Symbol tragen? Die Debatte wird in vielen Ländern geführt.

Karin Hofer / NZZ

Geht es ums Kopftuch in der Schule, so artet die Diskussion oft in eine emotionale Debatte über Religion, Geschlecht, Migration, Rassismus, Patriarchat und Freiheit aus. Ich weiss das nicht nur als

Wissenschaftlerin, sondern auch aus persönlicher Erfahrung. Die einzige direkte Todesdrohung, die ich je erhalten habe, kam, nachdem ich 2005 auf Arabisch einen Artikel mit dem Titel «Leg den Schleier ab, Schwester» veröffentlicht hatte.

Der Mann, der mich bedrohte, war nicht einfach wütend; er war überzeugt, einen göttlichen Befehl zu verteidigen. Ich dagegen hatte argumentiert, dass das, was er für Gottes klare Anordnung hielt, eine umstrittene Interpretation sei und in vielen Kontexten auch eine politische und patriarchale. Zwischen seiner Gewissheit und meinem Widerspruch liegt die Schwierigkeit der ganzen Debatte.

Es soll hier nicht darum gehen, die theologische Frage zu klären, ob der Islam Frauen zum Tragen des Kopftuchs verpflichtet. Diese Debatte gibt es, und sie ist wichtig. Aber es ist nicht Aufgabe eines liberal-demokratischen Staates oder einer öffentlichen Schule, Koranexegese zu betreiben. Die dringendere Frage ist politisch und gesellschaftlich: Wie soll eine demokratische Gesellschaft mit einem Symbol umgehen, das je nach Kontext Ausdruck des Glaubens, Zeichen von Identität, Symbol patriarchaler Kontrolle, familiäre Erwartung, persönliche Entscheidung oder auch Akt des Widerstands sein kann?



Die Politologin Elham Manea.

Keystone

Es fehlen klare Leitlinien

Die Antwort hängt zunächst vom Verhältnis zwischen Staat und Religion ab. Frankreich versteht mit seiner Tradition der «laïcité» die öffentliche Schule eher als einen Raum, in dem sichtbare religiöse Zeichen eingeschränkt werden sollen. Grossbritannien ist mit seiner Staatskirche und einer pragmatischeren Tradition religiöser Anerkennung offener gegenüber religiöser Kleidung. Deutschland folgt einem anderen Weg, geprägt von Föderalismus und einem Modell der Kooperation zwischen Staat und Religionsgemeinschaften. Diese Unterschiede lassen sich nicht einfach durch Forderungen muslimischer Minderheiten erklären. Sie sind durch gewachsene Strukturen des Verhältnisses von Kirche und Staat geprägt.

Die Schweiz ist noch einmal anders, weil sie diese Modelle in ihrem föderalen System quasi nebeneinander kennt. Genf und Neuenburg stehen näher bei der französischen Tradition einer strengeren Trennung von Staat und Religion; Kantone wie Bern und Zürich eher beim deutschen Kooperationsmodell.

Was soll eine Schule tun, wenn sehr jungen Mädchen vermittelt wird, ihr Haar sei beschämend? Wenn Sport, Schwimmen, Sexualkunde oder Klassenlager umstritten sind? Wenn Lehrpersonen Druck aus Familie, Peer-Gruppe oder religiösem Milieu wahrnehmen, ihn aber nicht leicht beweisen können? Eine juristische Antwort, die in konkreten Fällen Intervention ermöglicht, ist notwendig. Aber sie genügt nicht. Schulen brauchen klarere pädagogische Leitlinien, institutionelle Rückendeckung und eine Sprache, die sowohl die Religionsfreiheit als auch die sich entwickelnde Autonomie des Kindes schützt.

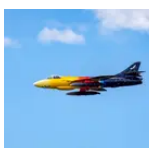
Es gibt keine einheitliche «islamische» Position

An dieser Stelle lohnt der Blick in den Nahen Osten, nicht weil er eine einfache Antwort bietet, sondern weil er zeigt, wie irreführend einfache Antworten sein können. Es gibt keine einheitliche «islamische» Position zum Kopftuch. Die Haltung ist in jeder Region unterschiedlich durch Regimeideologien, religiöse Institutionen, politischen Islam, Klasse, Stadt-Land-Unterschiede, familiäre Erwartungen und durch Entscheidungen von Frauen selbst geprägt.

Ein Staat kann islamistische Bewegungen unterdrücken und zugleich Teile ihrer Geschlechterordnung übernehmen. Er kann sich als säkular darstellen und dennoch die Kleidung von Frauen kontrollieren. Oder er kann sich mit konservativen religiösen Kräften verbünden und es der Gesellschaft überlassen, durchzusetzen, was das Gesetz nicht ausdrücklich verlangt.

Iran ist das deutlichste Beispiel staatlichen Zwangs. Nach der Islamischen Revolution wurde die Zwangsverschleierung zu einem der sichtbarsten Zeichen der neuen politischen Ordnung. Der Schleier war nicht mehr nur religiöse Praxis; er wurde zum Zeichen des Gehorsams gegenüber der Islamischen Republik. Der politische Islam hat sowohl in seinen sunnitischen wie in seinen schiitischen Ausprägungen die Kontrolle über den weiblichen Körper und dessen Kleidung häufig zu einem Teil seines politischen Projekts gemacht.

Passend zu Ihren Interessen



WTM

von Jürgen Schelling

Ex-Schweizer Kampffjet fällt aus – Absturz in Kalifornien untersucht

24.09.2026 ⌚





Ronnie Wood von den Rolling Stones: «Was Keith gemacht hat, war Sklaverei»

Peer Teuwsen 30.08.2026 ⌚



Unbedeckte Frau gilt als moralisch verdächtig

In der Türkei unter Atatürk geschah das Umgekehrte. Jahrzehntlang wurden Einschränkungen des Kopftuchs an Universitäten und in Teilen des öffentlichen Dienstes mit Säkularismus und republikanischer Modernität begründet. Aber das Verbot befreite Frauen nicht automatisch. Es schloss auch viele religiöse Frauen von Bildung, Beruf und öffentlicher Sichtbarkeit aus. Später, als die Verbote aufgehoben wurden, wurde das Kopftuch Teil eines anderen politischen Projekts: nicht mehr nur Zeichen einer marginalisierten religiösen Frau, sondern auch Symbol innerhalb einer konservativ-nationalistischen Ordnung. Der Staat macht die Kleidung in beiden Fällen zu einem Test für ideologische Loyalität.

In vielen Regionen des Nahen Ostens zeigt sich anhand des Kopftuchs die Klassendimension. Kleidung kommuniziert dort nicht nur Religion, sondern auch Respektabilität, familiären Hintergrund, Urbanität, den moralischen Ruf und sozialen Aufstieg. Das Kopftuch kann einer Frau ermöglichen, sich mit weniger Kontrolle durch konservative öffentliche Räume zu bewegen. Es kann ihr helfen, zu studieren, zu arbeiten oder zu pendeln und zugleich soziale Legitimität zu bewahren. Aber derselbe Mechanismus kann auch Zwang erzeugen: Wenn Respektabilität an Bedeckung gebunden wird, erscheint die unbedeckte Frau moralisch verdächtig.

Kürzlich erzählte eine junge Ägypterin in einem Beitrag von DW Arabic, wie sie mit dreizehn Jahren begann, das Kopftuch zu tragen, weil ihre

Mutter ihr sagte, sie sei nun eine junge Frau und müsse es tragen. Jahre später legte sie es ab. Das Verhältnis zu ihrer Familie litt, einige Verwandte wollten sie nicht mehr empfangen, manche männliche Kollegen gingen auf Distanz. Derselbe Bericht stellte jedoch auch eine andere Frau vor, die darauf besteht, das Kopftuch für Gott zu tragen, nicht für die Gesellschaft. Beide Stimmen sind real. Das Problem beginnt, wenn eine von ihnen für alle Frauen sprechen soll.

Kampf um die öffentliche Ordnung

Auch die theologische Frage ist innerhalb muslimischer Gesellschaften umstritten: Ist das Kopftuch religiöse Pflicht oder eine soziale Sitte, die religiöse Autorität erhalten hat? Deshalb ist der Satz «Der Islam sagt» nie nur beschreibend. Er wirft die entscheidende Frage auf: welcher Islam, welche Autorität, welche Interpretation, gestützt durch welche soziale oder politische Macht?

In Syrien, wo noch nicht ganz klar ist, in welche Richtung sich die Gesellschaft entwickelt, steht die Diskussion an einem fragilen Punkt. In Damaskus gibt es Plakate, die für den «Hijab der muslimischen Frau» werben, und Gegenplakate, die das «Gewand der freien Frau» verteidigen. Es handelt sich nicht einfach um einen Streit über Kleidung. Die Plakate spiegeln den grösseren Kampf um die öffentliche Ordnung nach der Diktatur und dem Krieg.

Die Beispiele aus dem Nahen Osten machen die Meinungsfindung in Europa nicht einfacher. Hier wird das Kopftuch oft als Frage von Minderheitenrechten, Integration und säkularem öffentlichem Raum diskutiert. Diese Perspektive ist legitim, bleibt aber unvollständig, wenn sie die nahöstlichen Geschichten von Zwang, sozialem Druck und politischer Instrumentalisierung vergisst.

Umgekehrt wird sie verzerrt, wenn diese Geschichten mechanisch in ein Schweizer Klassenzimmer übertragen werden. Eine Jugendliche oder Frau mit Kopftuch in Zürich, Basel oder St. Gallen ist nicht automatisch unterdrückt und gewiss keine Agentin des politischen Islam. Sie kann es aus religiöser Überzeugung tragen, aus familiärer Erwartung, unter sozialem Druck, aus dem Wunsch nach Zugehörigkeit oder auch als Rebellion gegen säkulare Eltern.

Braucht es ein Kopftuchverbot an Schulen?

Die Bedeutung des Kopftuchs lässt sich nicht direkt aus dem Stoff herauslesen. Aber eine liberale Gesellschaft darf auch nicht übersehen, dass die Sprache der Religionsfreiheit patriarchalen Druck, soziale Kontrolle und die politische Symbolik des Islamismus verdecken kann. Zugleich instrumentalisieren Rechtsaussenparteien das Kopftuch oft für eigene Kämpfe über Migration, Islam und nationale Identität. Ihre plötzliche Sorge um muslimische Mädchen sollte deshalb ebenfalls politisch gelesen werden, zumal sie selten für ein konsequentes Engagement für Frauenrechte bekannt sind.

Aus feministischer Sicht liegt ein Dilemma vor. Es wäre naiv, das Tragen des Kopftuchs durchwegs als freie Entscheidung zu betrachten. Es wäre aber ungerecht, jedes Kopftuch als Zeichen der Unterdrückung zu deuten. Und wenn es um Kinder geht, muss gefragt werden, ob ein Mädchen ein religiöses und geschlechtlich aufgeladenes Symbol tragen soll, bevor es alt genug ist, selbst darüber zu entscheiden.

Ein Kopftuchverbot an Schulen für Mädchen unter 14 Jahren, wie es eben in Österreich eingeführt wurde, setzt beim sichtbaren Symbol an, löst das Problem allein aber nicht. Es entfernt zwar das Symbol aus dem Klassenzimmer, nicht aber den familiären Druck, die soziale Kontrolle,

die religiöse Unterweisung oder die patriarchalen Vorstellungen, die dem Symbol seine Kraft gegeben haben.

Elham Manea ist eine schweizerisch-jemenitische Politikwissenschaftlerin und eine profilierte Stimme gegen islamischen Fundamentalismus.